

Frau
Katharina Fegebank
MdB und Landesvorsitzende
Bündnis 90 / Die Grünen

Koalitionsverhandlungen - Aue Hagendeel

Sehr geehrte Frau Fegebank,

am Montag beginnen die Koalitionsverhandlungen. Ich möchte Ihnen vorschlagen, dort ein gut überschaubares Projekt einzubringen, das bei ressortübergreifender Herangehensweise und Verankerung in einer Koalitionsvereinbarung Verwirklichungschancen hat. Es würde den Verantwortlichen Profil und Ansehen eintragen und über den Einzelfall hinaus Strahlkraft haben.

Die Felder Umwelt, Stadtplanung, Baupolitik, Flüchtlingsproblematik und Sozialpolitik würden in dem Projekt zu einem sinnvollen Ganzen zusammenfließen.

Es geht um die **Rettung und Gestaltung der 'Aue Hagendeel' an der Kollau:**

Auf einem ehemaligen Kleingartengelände wurde hier gegen den Widerstand von Öffentlichkeit und Anliegern per Bebauungsplan Lokstedt 14 ein Gewerbegebiet geschaffen, für das sich seit nunmehr 15 Jahren kein Gewerbetreibender interessiert. Nun soll auf dem sumpfigen Gelände eine Flüchtlingssiedlung entstehen, nachdem sich die Natur in der verstrichenen Zeit das Gelände zurückgeholt hat und die Bezeichnung 'Aue Hagendeel' entstanden ist.

Das Thema verdient ausführlichere Befassung und Darstellung, anbei das Wichtigste in Stichworten:

Die 'Aue Hagendeel' muß **als reine Naturfläche erhalten** bleiben.

Als Naturfläche wäre sie Bindeglied zwischen Niendorfer Gehege und Amsinckpark; es wäre die **Verlängerung einer Grünachse**, die von der dichten innerstädtischen Bebauung Eimsbüttels stadtauswärts geht.

Gesichert würde so auch ein **Überschwemmungsgebiet nach EU-Richtlinien** und deutschem Recht;

Das beinhaltet: **Schutz der umliegenden Stadtteile** und ihrer Anwohner vor jährlichen **Hochwassern**, nicht nur Jahrhunderthochwassern.

Erforderlich: Bewahrung der Fläche vor einer Nutzung für andere Zwecke, seien dies Gemeinwohlzwecke - wie Flüchtlingsunterbringung - oder Privatinteressen oder Beides.

Der Erhalt der **Hagendeel-Grünfläche** (und natürlich auch entsprechender anderer Flächen in Hamburg) ist **notwendig für** eine Stadt, die wachsen will, die **Metropole** sein will und deswegen keine Verkleinerung sondern eine Vergrößerung seiner Grünflächen für seine **wachsende Bevölkerung** braucht.

Deshalb **kein Flächenverbrauch** an dieser Stelle für eine **Flüchtlingssiedlung** in Container- bzw. Leichtbauweise;

eine solche Siedlung hier aus dem Boden gestampft, würde nicht nur verheerende Überschwemmungsszenarien in der Geländeumgebung Wirklichkeit werden lassen. Sie würde gettomäßige Konturen erlangen, **ein sozialer Brennpunkt** und nie eine 'gute Adresse' im Hamburger Sinn werden;

bei einer Größe für 288 Personen - gemunkelt wird bereits über eine baldige Verdoppelung - würde sie von Anfang an als Andockstelle für Salafisten, IS-Heimkehrer, nicht mehr erziehbare Jugendliche usw. Sogwirkung entfalten.

Ein Verzicht auf die geplante Leichtbau-Siedlung, die ausschließlich integrationserschwerende Impulse setzen und ihre Bewohner stigmatisieren würde, wäre ein Gewinn für die Flüchtlinge und ein Beitrag gegen die Entstehung von Parallelgesellschaften.

Statt einer solchen Siedlung erforderlich: Für alle Wohnungsuchenden, egal ob Flüchtlinge, Ausländer oder Deutsche mit oder ohne Migrationshintergrund: **Erweiterung, Aufstockung vorhandener Hamburger Wohnareale**, wo immer möglich !

Keine Separierung der neuen Bürger, sondern - guter Hamburger Tradition folgend - gesellschaftliche Integration von der Stunde Null an durch die hier bereits Wohnenden ohne Zwischenschaltung von Einrichtungen, die erst die Separierung erzeugen, die sie dann glauben, abschaffen zu können.

Implementierung des Gedankens der **'Durchmischung von Anfang an'** auch bei allen größeren, von der öffentlichen Hand geförderten Neubauvorhaben (immerhin 6000 Wohnungen jährlich !) durch Reservierung eines Prozentsatzes an Wohnungen für die o.g. Gruppen. Das wäre praktizierte Willkommenskultur in einer zahlenmäßig schrumpfenden, überalternden Gesellschaft.

Zur historischen Einordnung und gleichzeitig als Maßstab, an dem sich Weitsicht und Kraft der heute Verantwortlichen messen lassen:

Die heutigen Probleme sind kleiner als die, die Max Brauer vorfand, als er unbeschadet der gerade auch in Hamburg riesigen Flüchtlingsprobleme nach dem 2. Weltkrieg nichts Besseres zu tun hatte, als das bis dahin ganz in privaten Händen befindliche Ufer der Außenalster für die Öffentlichkeit zu öffnen und so zu gestalten, wie es alle Hamburger bis auf den heutigen Tag zu schätzen wissen.

Wichtiger Unterschied zu Max Brauers Zeiten: Damals war der 2. Weltkrieg vorbei, dagegen ist heute ein Ende der Flüchtlingsströme nicht in Sicht.

Um so bedeutsamer ist es, die in Jahrhunderten gewachsene Identität der Stadt jetzt nicht in einer einzigen Generation durch Zwerge mit hoher moralischer Selbsteinschätzung in Gestalt- und Konturlosigkeit versinken zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen


J. Dralle